



**Stellungnahme der AGDF:
Solidarisch mit den Menschen in Israel**

Wir sind entsetzt über die grausamen Terrorangriffe der Hamas. Die islamistische Hamas hat Eltern, Kinder, Babys, alte Menschen abgeschlachtet, vergewaltigte Frauen zur Schau gestellt und Geiseln misshandelt. Diese Verbrechen dürfen niemals relativiert werden; die unfassbare Gewalt gegen Zivilist*innen ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir fordern die Hamas auf, alle Geiseln freizulassen und die Gewalt zu beenden. Wir verurteilen den Hass, der Israel das Existenzrecht abspricht. Wir stehen an der Seite Israels.

Unsere Solidarität gilt den Menschen in Israel, vor allem den von Terror und Verschleppung Betroffenen und ihren Angehörigen. Wir sind in großer Sorge um die Geiseln und um wehrlose Zivilist*innen, die als menschliche Schutzschilde missbraucht werden.

Israel ist völkerrechtlich legitimiert, gegen die Kämpfer der Hamas im Gazastreifen vorzugehen. Dass jedoch die Zivilbevölkerung im Gazastreifen von ihren Lebensadern, der Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln, Medikamenten und Strom, getrennt wurde, führt in eine humanitäre Katastrophe. Wir appellieren an die israelische Regierung, das Völkerrecht einzuhalten. Allen, die humanitäre Hilfe leisten und den Opfern der Gewalt beistehen wollen, muss ein sicherer Zugang ermöglicht werden.

Die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen, die unter dem Regime der Hamas und der Blockade Israels bitter leidet, braucht dringend humanitäre Unterstützung. Gewaltfreie Zeichen der Solidarität auch für diese Menschen müssen möglich sein, ohne diskreditiert zu werden.

Mit Besorgnis sehen wir Zeichen eines wachsenden Antisemitismus in unserem Land. Der Brandanschlag auf eine Berliner Synagoge belegt, dass Anfeindungen gegen Jüdinnen und Juden zunehmen; ihre Sicherheit muss verstärkt geschützt werden. Unsere Solidarität gilt den jüdischen Menschen in unserem Land. Unsere Ablehnung gilt denen, die den Terror der Hamas zu einem Akt der Befreiung umdeuten und feiern. Uns ist zugleich wichtig, dass das Versammlungsrecht für diejenigen gilt, die gewaltfrei für die Anliegen der Palästinenser*innen eintreten, ohne Anfeindungen Israels und antisemitische Äußerungen.

Wir rufen Deutschland und alle Staaten auf, sich unter Einbezug der Vereinten Nationen für eine Deeskalation der bewaffneten Auseinandersetzungen, für politische Verständigung und für eine nachhaltige Lösung des Konfliktes einzusetzen, damit ein selbstbestimmter Frieden möglich wird.

Mitgliedsorganisationen der AGDF engagieren sich seit langem in Israel und den palästinensischen Gebieten mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

- **Aktion Sühnezeichen Friedensdienste** setzt sich für Überlebende der Shoa, für sozial benachteiligte Menschen und die Pflege von Gedenkort ein.
- Wie ASF entsendet auch **ICJA-Freiwilligenaustausch** junge Freiwillige nach Israel.
- Die **KURVE Wustrow** und der **Weltfriedensdienst** arbeiten mit Partner*innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten für Friedensperspektiven, wie die Einhaltung der Menschenrechte, den Ausbau von Frauenrechten, den Abbau von Hass und Vorurteilen, die Einhaltung internationalen Rechts.
- Auch der **Internationale Versöhnungsbund – Deutscher Zweig** sucht zusammen mit Partner*innen vor Ort nach Wegen der Verständigung und eines gerechten Friedens.

Die AGDF ist getragen von der Überzeugung, dass militärische Gewalt keinen Frieden bringen kann. Aus Gewalt entsteht weitere Gewalt. Frieden, Freiheit und Sicherheit lassen sich nicht mit Gewalt erzwingen – weder für Israel noch für Palästina. Dies hat sich in den letzten Jahren immer wieder sehr deutlich gezeigt.

Unter den Mitgliedern besteht große Einigkeit in der Verurteilung des Terrors der Hamas. Zugleich gibt es unterschiedliche Perspektiven auf den in Israel/Palästina herrschenden Konflikt. Die AGDF sieht ihre Aufgabe darin, den inhaltlichen Austausch unter den Mitgliedern zu fördern, die Vision eines gerechten Friedens und die Praxis gewaltfreier Konfliktbearbeitung öffentlich zu vertreten.

Bonn/Düsseldorf, 20. Oktober 2023

Christine Busch, Vorsitzende der AGDF
Jan Gildemeister, Geschäftsführer der AGDF